

NACHRICHTEN

ABSPERRUNGEN

Polizei-Großeinsatz in Meerane

MEERANE – Am Wettiner Platz in Meerane hat am Dienstag ein Polizeieinsatz für Absperrungen gesorgt. Auslöser war ein 46-Jähriger, der sich in einer Wohnung befand, offenbar eine Waffe bei sich trug und unter Drogen stand. Die Polizei konnte ihn nach einem ersten fehlgeschlagenen Kontakt in der Wohnung stellen, nachdem er die Beamten hereinließ. Laut Polizei wird nun geprüft, ob Verstöße gegen das Waffengesetz vorliegen. Zudem wird der Mann ärztlich begutachtet. |hof

RAZZIA

Beamte stellen Drogen sicher

PLAUEN – Bei Ermittlungen zu möglichen Drogendelikten hat die Polizei mehrere Gebäude in Gera, Greiz und Plauen durchsucht. Dabei wurden am Dienstag Drogen und Drogenutensilien sichergestellt. Sechs Männern werden Verstöße gegen das Betäubungsmittelgesetz vorgeworfen. Sie sollen mit den Drogen gehandelt und diese auch an Minderjährige verkauft haben. Die Beschuldigten wurden den Angaben nach zunächst mit zur Dienststelle der Polizei gebracht, konnten später aber wieder gehen. Festnahmen habe es keine gegeben. |dpa

STATISTIK

Sachsen zählt Verkehr auf Straßen

DRESDEN – In Sachsen hat am Dienstag die Straßenverkehrszählung begonnen. Bis zum Oktober 2025 wird erfasst, wie viele Autos, Lastwagen, Busse oder Motorräder auf den Autobahnen, Bundes- und Staatsstraßen in Sachsen unterwegs sind. Insgesamt gibt es im Freistaat 1518 Zählstellen. Die Erhebungen erfolgen laut Verkehrsministerium an ausgewählten Wochentagen zwischen 7 und 18 Uhr sowie an zwei Sonntagen zwischen 16 und 19 Uhr. Ergänzt werden die Ergebnisse durch die Auswertung von Daten der 80 Dauerzählstellen. Bei der manuellen Zählung werden zusätzlich Fahrräder erfasst. |dpa

JUDENTUM

Verband ernennt eigenen Rabbiner

LEIPZIG – In Sachsen gibt es drei weitere Landesrabbiner. Der seit zweieinhalb Jahren bestehende Landesverband für die jüdischen Gemeinden und Einrichtungen in Sachsen (LVJG) hat sie für die drei Hauptströmungen des Judentums ernannt, um der „innerjüdischen Vielfalt“ gerecht zu werden. Neben Shneur Havlin für die orthodoxe und Akiva Weingarten für die liberale Strömung aus Dresden ist darunter mit Esther Jonas-Martin aus Leipzig auch eine Frau für die konservative Strömung. |dpa

Neues Modell in Zwickauer Museum lässt Sehbehinderte Historie ertasten



ZWICKAU – Einen weiteren Schritt in Richtung Barrierefreiheit geht das Museum Priesterhäuser Zwickau. Um auch Menschen mit eingeschränktem Sehvermögen die Stadt- und Kulturgeschichte näherzubringen, wurde ein 3D-Modell der mittelalterlichen Gebäude zum Anfassen erstellt. Museumsleiterin Alexandra Hortenbach (linkes Foto:

links) und die Behindertenbeauftragte der Stadt Zwickau, Irina Teichert, freuen sich mit Professor Dr. Lutz Weißbach von der Westsächsischen Hochschule Zwickau (WHZ) über das 1,20 Meter breite Tastmodell der Priesterhäuser, das ab sofort die Dauerausstellung des Museums bereichert. Die haptische Erkundung von ausgewählten Teilen

der Dauerausstellung in den Priesterhäusern ist ausdrücklich erwünscht (Foto rechts). „Unsere Ausstellung soll für alle Besucher erschließbar sein. Das neue Tastmodell soll vor allem blinden und sehbehinderten Museumsgästen die Möglichkeit bieten, die historischen Bauten, die das älteste erhaltene Wohnbauensemble Sachsens bilden, intensi-



ver zu erleben.“ erläutert Alexandra Hortenbach. Damit will das Stadtmuseum auch neue Zielgruppen erreichen. Das detailreiche Modell aus Kunststoff wurde von der WHZ aufwendig im 3D-Druckverfahren erstellt. Es ist das dritte Modell, welches als Kooperationsprojekt mit der Fakultät Kraftfahrzeugtechnik der WHZ entstand. FOTO: STADT ZWICKAU

Startschuss für Prüfungszeit in Sachsens Schulen

Erstmals finden die Abiturprüfungen wieder ohne pandemiebedingten Nachteilsausgleich statt. Schüler und Eltern fordern ihn zurück. Eine Lehrerin berichtet, was wirklich Probleme macht.

VON ELISA LEIMERT

GRIMMA/GROßENHAIN – In der ersten Woche nach den Osterferien starten die diesjährigen Abiturprüfungen. 10.674 Mädchen und Jungen legen laut Kultusministerium ihre Abschlussprüfungen an allgemeinbildenden Gymnasien, beruflichen Gymnasien oder an Schulen des zweiten Bildungsweges ab, zu denen die Abendgymnasien gehören. Der sogenannte „pandemiebedingte Nachteilsausgleich“, den Abiturienten in den vergangenen drei Jahren erhielten, wurde abgeschafft. Ist also alles wieder wie früher?

Schüler und Schülerinnen, die in diesem Jahr ihr Abitur ablegen, waren in der 8. oder 9. Klasse von der Coronapandemie betroffen. So wie Lea-Sophie Hofmann. Die 19-Jährige, die Mitglied im Landesschülerrat Sachsen ist, geht auf das Berufliche Schulzentrum Grimma, wo sie in

diesem Jahr ihr Fachabitur in Wirtschaftswissenschaften ablegen wird. Los geht es für sie am 16. April in ihrem Leistungskursfach Volks- und Betriebswirtschaftslehre. Aktuell verspüre sie viel Druck. „Die letzten Jahrgänge haben mehr Zeit gehabt, sich auf das Abi vorzubereiten, indem ihnen unter anderem längere Konsultationsphasen gegeben wurden.“ Durch das kurze Schuljahr habe ihr Jahrgang noch weniger Zeit für die Prüfungsvorbereitung. Außerdem müsse Lernstoff aufgeholt werden.

„Die Probleme, die wir haben, hängen weniger mit fehlenden Inhalten aus den Pandemie Jahren zusammen, sondern vielmehr mit überfrachteten Lehrplänen“, sagt dagegen Simona Tomasini. Sie unterrichtet Biologie und Sport am Werner-von-Siemens-Gymnasium Großenhain und ist außerdem Mitglied des Landesarbeitskreises Gymnasium der GEW Sachsen. Sie erklärt: „Vom Nachteilsausgleich ist in diesem Jahr die um 30 Minuten verlängerte Prüfungsschreibzeit weggefallen. Es gibt aber weiterhin Einschränkungen von Themenbereichen.“ Damit müssten nicht alle vom Lehrplan vorgegebenen Themen in Vorbereitung auf die Prüfungen abgearbeitet werden.

Statt 38 Wochen dauert das Schuljahr 2023/2024 in Sachsen nur 36. Das sollte für den Unterrichtsstoff eigentlich kein Problem sein.

Simona Tomasini
Lehrerin

FOTO: GEW SACHSEN



„Die Konzentration und Aufmerksamkeitsspanne bei Schülern werden immer geringer.“

Wie das Kultusministerium erklärte, gebe es immer einen ausreichend großen Zeitpuffer. Der Lernstoff sei auf rund 25 Wochen ausgelegt. Aus der Praxis berichtet Tomasini, dass der Stoff trotzdem nur knapp zu schaffen sei. Dabei stehe sie vor der Frage: „Hole ich die Schüler dort ab, wo sie stehen? Oder ziehe ich den Stoff durch, ohne Rücksicht?“ Sie habe das Ziel, ihre Schüler zu motivieren und bei der Stange zu halten.

„Fehlende Übung und daraus resultierende Unsicherheit, selbst bei den behandelten Themen, sind Alltags für uns geworden“, berichtet Lea-Sophie Hofmann. Ihr fehle

Übungszeit, da ihre Lehrkräfte schnell mit dem Lehrplan durchkommen wollen. Die Auswirkungen der Pandemie sieht Simona Tomasini nicht nur bei Unterrichtsinhalten. „Das merkt man am Arbeitsstil, am Tempo und der Selbstständigkeit. Es fällt auch auf, dass die Konzentration und Aufmerksamkeitsspanne bei Schülern immer geringer werden.“ Das sei für die Lehrerin nicht nur eine Auswirkung der Pandemie. Vielmehr sieht sie das Problem im zunehmenden Konsum von digitalen Medien.

Unterrichtsausfälle an sächsischen Gymnasien erhöhen zusätzlich den Druck auf Lehrkräfte und Schüler. Jan Zippel vom Sächsischen Landeselternrat sagt: „Die vielen Ausfallstunden führen zu Rückständen und Schwierigkeiten, die kaum oder nicht aufzuholen sind.“ Besonders betroffen sei Mathematik.

Nicht alle Probleme sind Folgen der Pandemie. Trotzdem fordern die Eltern- und Schülervertretungen weiterhin Prüfungsvereinfachungen. Die letzte Prüfung ist bei Lea-Sophie Hofmann für den 14. Mai angesetzt. Biologie, mündlich. „In mir herrscht Unverständnis und Unsicherheit“, schreibt sie. „Dieser und die darauf folgenden Jahrgänge müssen einen Ausgleich bekommen, denn wir waren genauso betroffen wie die Jahrgänge vor uns. Bei uns gibt es immer noch Rückstände, die nicht aufgeholt wurden.“ |leisa

Bündnis will Wahlalter auf 16 senken

Kinder- und Jugendring: Jugend mehr einbinden

DRESDEN – Der Kinder- und Jugendring Sachsen (KJRS) fordert, das Wahlalter für Landes- und Kommunalwahlen auf 16 Jahre zu senken. Junge Menschen setzen sich bereits vielfältig für die Gesellschaft ein, etwa in Jugendverbänden oder im Ehrenamt, hieß es in einer Mitteilung des KJRS vom Dienstag. Es sei ungreiflich, dass in Sachsen jungen Menschen immer noch eines der wichtigsten demokratischen Grundrechte vorenthalten werde. Bis Mitte August läuft eine Postkartenkampagne, mit der ein Bündnis mehrerer Verbände und Einzelpersonen für die Senkung des Wahlalters wirbt.

Sachsen ist neben Bayern, Hessen, Rheinland-Pfalz und dem Saarland eines der wenigen Bundesländer in Deutschland, in denen 16- und 17-Jährige kein Wahlrecht auf Kommunal- oder Landesebene haben. In den meisten anderen Bundesländern dürfen junge Menschen entweder nur bei Kommunalwahlen oder sowohl bei Kommunal- als auch bei Landtagswahlen ihre Stimmen abgeben. Anfang des Jahres hatte auch die Linke im Sächsischen Landtag auf die Absenkung des Wahlalters gedrungen. Das Wahlalter ab 16 Jahren gilt in Deutschland lediglich bei Europawahlen in allen Bundesländern. |dpa

Pilotprojekt für NSU-Dokuzentrum zieht ins Chemnitzer Zentrum

Chemnitzer Initiativen stellen ihr Vorhaben fürs Kulturhauptstadtjahr vor. Die Langfrist-Perspektive für den Chemnitzer oder Zwickauer Standort einer Aufarbeitungszentrale zum NSU-Fall wackelt aber wieder.

VON JENS EUMANN

CHEMNITZ – Das Interims-Dokumentationszentrum zum rechtsextremen Terrorkomplex „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU), das

im Zuge des Kulturhauptstadtjahres 2025 geplant ist, soll im ehemaligen Stadtwerke-Gebäude in der Chemnitzer Innenstadt eingerichtet werden.

Darüber informierten jetzt die am Pilotprojekt beteiligten Vereine. Nächste Woche soll das Vorhaben vorgestellt werden, mit seinen Inhalten und mit seiner Langfrist-Perspektive, die allerdings derzeit wieder ungeklärt scheint.

Die Vereine RAA Sachsen, der seit Jahren Opfer rechtsextremer und rassistischer Gewalt berät, ASA-FE, der mehrere künstlerische und dokumentarische Projekte zum NSU-Fall anschob, und Initiative Offene Gesellschaft als Koordinator hatten bereits eine Machbarkeitsstudie für ein dauerhaftes Zentrum in Chemnitz vorgelegt.



Im früheren Stadtwerkehaus in Chemnitz an der Kreuzung der Brücken- mit der Bahnhofstraße soll das Pilotprojekt für ein NSU-Dokuzentrum einziehen. FOTO: ANDREAS SEIDEL

Doch stellte jüngst die Bundeszentrale für politische Bildung eine Alternative vor. Konkret eine bundesweite Verbundlösung mit zentralem Standort, der nicht in Chemnitz oder Zwickau liegt, also jenen Orten, die den mordenden Terroristen von 1998 bis 2011 dreizehn Jahre als Rückzugsort dienten. Ein Vorhaben an solchem Ort habe bei Familien der Opfer Störgefühle ausgelöst, hieß es. Ein Faktor, der indes für die Dokumentationsarbeit in Chemnitz und Zwickau spricht, ist der Vorsprung, der hier bereits bei der Aufarbeitung des Falles besteht.

Zu ihrer für kommenden Dienstag geplanten Präsentation erwarten hiesige Macher ein Video-Statement von Gamze Kubasik. Sie ist die Tochter des aus Dortmund stammenden,

vorletzten Opfers der Ceska-Mordserie des NSU. Dieser nach der Tatwaffe benannten Serie fielen bundesweit acht Kleinunternehmer mit türkischen, einer mit griechischen Wurzeln zum Opfer. Hinterbliebene hätten geäußert, sich bei einem Besuch in Sachsen „nicht sicher zu fühlen“, sagte Koordinator Khaldun Al Saadi von der Initiative Offene Gesellschaft gegenüber der „Freien Presse“.

Selbst wenn ein Zentralstandort fürs Doku-Zentrum in einer der Tatortstädte Nürnberg, München, Hamburg, Rostock, Dortmund oder Kassel entstünde, könnte auch in Sachsen Aufklärungsarbeit weitergehen, „von der Zivilgesellschaft getragen“, sagt Christina Wittich, Sprecherin des Sächsischen Staatsministeriums für Justiz und Demokratie. |eu